

Sorauer Tageblatt

Verleger: Tagesblatt Sorauerdruckerei

(Sorauer Wochenblatt)

Seitensprecher Nummer 22 und 37.

Volksrecht - Anstalt
Nr. 954 Berlin W 18, 7

Alleiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B.

Giro-Konto
bei der Reichsbank

Erscheinungsweise (freiwillig): Täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. — Bezugspreis für 3.—9. 12. 1923: In Sorau in den Ausgabestellen 50 Goldpfennig, ins Haus gebracht 5 Goldpfennig mehr, auf dem Lande in den Ausgabestellen der nahe Sorau gelegenen Dörfern 50 Goldpfennig, der weiter gelegenen 55 Goldpfennig, ins Haus gebracht 5 Goldpfennig mehr, durch die Post bezogen für Dezbr. 2.50 Goldmark, Betreibungs- und Arbeitsentlohnung od. Versicherung hat der Bezahler keinen Einfluß auf Lieferung oder Nachlieferung des „Sor. Tagebl.“ oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 4spaltige Kolonelle für Stadt und Kreis Sorau je Millimeterhöhe 3 Goldpfennig, auswärts je Millimeterhöhe 5 Goldpfennig. Im Reklameteil die 4spaltige Kolonelle je Millimeterhöhe 7.5 Goldpfennig, auswärts 12.5 Goldpfennig. — Für Anzeigen, durch Fernsprecher aufgegeben, wird ein Zuschlag von 10% erhoben, ohne eine Gewähr für Richtigkeit zu übernehmen. Rabatt nach festem Tarif, nur gültig bei sofortiger Barzahlung; bei späterer Zahlung, bei Konturufen und bei Erhebung durch Nachnahme erfolgt jeder Anspruch auf denbehalten.

Nummer 285

Donnerstag, den 6. Dezember 1923

113. Jahrgang

Der neue Kanzler vor dem Reichstag.

Uebereinstimmung mit dem früheren Kurs. — Der Ausnahmezustand bleibt. — Das Ermächtigungsgesetz verlangt.

Aus dem Reichstag wird uns gefächelt: Die Dienstag-Sitzung des Reichstags, in der sich das neue Kabinett Marx den Volksvertretern vorstellte, war nur von kurzer Dauer. Ursprünglich handelte es sich um die Ermächtigungsgesetze, auf der Tagesordnung, aber man hat es abgesetzt, und am Mittwoch verhandeln, weil die Fraktionen in gemeinsamen Verhandlungen nach einer Sitzung suchen wollten, die möglichst die drohende Auflösung des Reichstags bei einer Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes vermeidet. So stand auf der Tagesordnung nur die Erklärung des Reichstagspräsidenten und die Erklärung des Reichskanzlers, die wie zur und klar, von einer Sitzung, wie sie als Eintrittsrede eines neuen Reichskanzlers im Reichstag wohl bisher noch nicht gehört worden ist. Herr Marx ist seiner ganzen Art und seinem Wesen nach eine der sympathischsten Persönlichkeiten in der deutschen Volksvertretung und dürfte bei allen Parteien über ein beträchtliches Maß von Zustimmung verfügen. Er gilt als ein Mann, der sich auch durch die Verwirrungen, die das politische Leben bietet, nicht dazu bringen läßt, anders zu sprechen als er denkt. Er hält sich, wenn ein Konflikt droht, lieber vorsichtig zurück und nur einmal ist es ihm gelungen, daß ihm sein Temperament etwas vorzueilt auf die Junge trat. Somit schmeckt er lieber, so man demnach seine Rede mehr auf die Sache als auf die Person anlegt. Zu dem loyalen, demütigen Verhalten auf der Tagesordnung des Reichstags stand der neue Reichskanzler eine Formel, die der Reichstag auch die rechte Seite des Hauses wird gelassen. Gelten lassen kann man auch das, was Herr Dr. Marx über das Verhältnis der Reichsregierung zu den Ländern sagte und ganz besonders das, was er als die Pflicht der Reichsregierung hinsichtlich der Rhein und Ruhr als Opfer zu bringen, die möglich sind. Es erregte einiges Verwundern, daß in dieser Erklärung einer neuen deutschen Regierung kaum mit einem Wort das außenpolitische Problem gestreift wurde. Der Reichstagspräsident schloß mit einer beweglichen Weisheitsrede an die Parteien, aus der zu schließen ist, daß man die Auflösung des Reichstags vermeiden sehen möchte.

Chef des letzten Kabinetts den allerhöchsten Dank aus. (Beifall.) Der Kanzler dankt weiter dem Minister Rugs, der für die besten Gebiete Hervorragendes geleistet habe. Weiter habe zum größten Schaden des Deutschen Reiches und Volkes die durch den Reichstagsbeschuß vom 22. November hervorgerufene Krise weit länger gedauert, als es wünschenswert gewesen wäre. Er wolle nicht unterlassen, den die Schuld an dieser Regierungskrise treffe. Angesichts der traurigen, geradezu furchterlichen politischen und finanziellen Lage unseres Vaterlandes sei es die wichtigste und erste Pflicht eines jeden, der im Partei- und öffentlichen Leben stehe, vor allem aber auch eine Pflicht der Regierung, alles zuzurückzuführen, was irgendwie geeignet ist, die Leidenssituation allzu großen Gegenjägers in unserem Volke zu vertiefen. (Zustimmung.) Der Reichskanzler fährt weiter fort: Mein Kampf geht weiter gegen rechts noch gegen links, sondern gegen alle diejenigen, die dem deutschen Volke mit Gewalt und List das Rechte rauben wollen, was uns geblieben ist.

Die Einheit des Volkes
(Beifall.) Ich halte deshalb für das zwingende Gebot der Stunde: alles ab zu verkümmern, was befeindende Gegensätze auszulösen und das Hervortreten neuer zu vermeiden. Die ganze Kraft der Regierung und der politischen Parteien muß darauf gerichtet sein, unser Volk und unser Vaterland aus dem tiefen Abgrund wirtschaftlicher und finanzieller Verfalls, in den wir durch den unglücklichen Ausgang des Weltkrieges geführt sind, wieder herauszuheben und zu retten. (Zustimmung.) Das deutsche Volk in allen seinen Teilen muß und soll es wollen, und immer mehr von der Ueberzeugung durchdrungen werden, daß wir mit unseren wirtschaftlichen und finanziellen Kräften tatsächlich am Ende sind, daß vieles, was uns schön und gut und wünschenswert, vielleicht sogar notwendig erscheint, da was uns geradezu eine Herzenssache ist, dennoch zurückgelassen werden muß, angesichts der verwerflichen Lage unserer Finanzen, deren Stand uns mit der Brutalität unüberleglicher Zahlen auf die Alternative hinweist:

Was ist wichtiger und wertvoller, das macht Leben des deutschen Volkes oder eine vorläufige Befriedigung anerkannter Bedürfnisse mit dem baldigen völligen Zusammenbruch mit Hunger und Chaos im Gefolge? (Zustimmung.) Der Reichskanzler erinnert an die Ausführungen des Finanzministers, der den geradezu katastrophalen Stand unserer Finanzen dargestellt habe, und fügt hinzu: In der Finanzfrage sieht sich die Regierung vor eine Aufgabe von einer Vielzahl in der Weltgeschichte nie dagewesenen Schwierigkeit gestellt. Die Verödung der Regierungsbildung hat unersetzliche Lage vertiefen lassen. Eine

ist. Daß dabei gleichzeitig, zur Ueberwindung der furchtbaren Erwerbslosigkeit die Wirtschaft wieder in Gang gebracht werden muß, macht die ganze Sachlage so überaus schwierig. Die Regierung wird ihr Bestes tun, um der Schwierigkeiten Herr zu werden, denn dies aber nur, wenn sie endlich auf volles Vertrauen für die ganze Geschichte überall im Volke stößt. Es muß recht begriffen werden, daß im Finanzproblem für uns die Frage über Sein oder Nichtsein liegt. Bei diesem Sachverhalt will es mir nebenjählich und überflüssig erscheinen, hier eine längere Rede über ein Programm zu halten, das die Regierung demnächst durchzuführen beabsichtigt. Die Zeit ist für uns so kostbar, als daß wir sie mit längeren Erörterungen zubringen dürfen, wo die allgemeine Not immer dringender auf die Worte laßt das Volk hören, sondern Tatsachen sehen. Dazu kommt, daß über die Einzelheiten der äußeren und inneren Politik in verschiedenen Reden der letzten Regierung ausführliche Darlegungen erfolgt sind. Es dürfte sich erübrigen, das jetzt nochmals zu tun, und so die gegenwärtige Regierung sich in ihrer grundsätzlichen Einstellung nicht von der vorigen unterscheiden. Entschieden für das Behalten der Regierung, muß die geradezu katastrophale Lage unserer Wirtschaft und unserer Finanzen sein. Es ist die Lebensfrage für Reich und Volk, hier die richtigen Mittel und Wege zu finden, die zur Rettung und Besserung führen. Als einen solchen Weg glaubt die Regierung ein

Ermächtigungsgesetz
anzusehen zu sollen, das ihr in ausreichendem Maße die Möglichkeit gewährt, mit der durch die Zwangslage erforderten Schnelligkeit die notwendigen Maßnahmen zu treffen, die sie nach pflichtgemäßem Ermessen und genauester Prüfung der Verhältnisse erforderlich und zweckmäßig hält, das gewünschte Ziel zu erreichen. (Beifall.) Die Regierung ist der Meinung, daß angesichts des ungeheuren Schwanges der Zeit längerer Verhandlungen im Reichstag, wie sie die Verhandlungen einschneidender wirtschaftlicher und finanzieller Gesetze erfordern würden, nicht wünschenswert, ja geradezu unerträglich erscheinen. Es ist nur noch eine Frage von Tagen, ob uns noch im letzten Augenblick die Rettung vor dem drohenden völligen Verfall gelingt. Beim Ermächtigungsgesetz kommen in erster Linie Verordnungen über steuerliche Maßnahmen in Betracht, die sich im Rahmen der letzten Ausführungen des Reichsfinanzministers Dr. Luther bewegen. Die Regierung soll aber auch im übrigen das Recht zu Maßnahmen haben, die als dringende Forderungen der Notlage erscheinen. Wir appellieren an die Vaterlandsliebe und das Pflichtgefühl der Volksvertreter, wenn wir um außergewöhnliche Vollmachten für eine Regierung bitten, die glaubt auf die Zustimmung weiterer Kreise der Volksvertretung rechnen zu dürfen. Es ist überaus ferner, daß zu einer Zeit, wo die Einmütigkeit aller deutschen Stämme mit Rücksicht auf die Gefahren, die uns durch die Uebermacht unserer Gegner drohen, wünschenswerter wäre wie je zuvor, das Verhältnis zwischen Reich und Ländern ein solches zu sein, das in vielfachen Beziehungen getrübt ist. Es soll meine erste und wichtigste Aufgabe sein, in kürzester Zeit die

Erklärung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern
Herbeiführen. Unter selbstverständlicher Achtung der Bestimmungen unserer Reichsverfassung wird man doch in manchen Beziehungen die vielfach gewünschte Erweiterung der Befugnisse der Länder zugehen können. Ich schließe mich darin ausdrücklich der Erklärung an, die Reichskanzler Dr. Marx in einem Briefe vom 22. August 1922 dem bayerischen Ministerpräsidenten Graf Lerchenfeld gegeben hat: „Die Reichsregierung wird nicht ohne Not von den noch nicht ausgeschöpften Zuständigkeiten und, soweit möglich, nicht ohne Zustimmung des Reichsrats Gebrauch machen, und sie ist nicht willens, bisherige Aufgaben der Länder in die Verwaltung des Reichs durch neue Reichs-, Mittel- oder Unterbehörden zu übernehmen.“ Ich beabsichtige, möglichst bald in Verhandlungen mit den in erster Linie in Betracht kommenden

Ländern einzutreten. (Beifall.) In engster Verbindung mit dieser Frage steht die

Aufhebung des bestehenden militärischen Ausnahmezustandes.

Angesichts der Umfutzversuche verbrochener Elemente zur Erreichung ihrer politischen Ziele, aber auch angesichts der Wirkungen geringer Aufhebungen, Lebensbedingungen usw. ist die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in der nächsten Zeit die wichtigste Vorbedingung für den wirtschaftlichen Gesundungsprozess. Unter diesen Umständen ist der militärische Ausnahmezustand zur Zeit nicht zu beheben. Die außerordentliche Ruhe im Reich ist wesentlich eine Folge des Ausnahmezustandes. Selbstverständlich muß aber der Ausnahmezustand seinem Namen entsprechend eine Ausnahme bleiben und abgebaut werden, sobald die Verhältnisse erlauben. Sobald nur irgendwie sich eine Veranlassung zeigt, werde ich sorgfältig prüfen, ob Einschränkungen und Erleichterungen der bestehenden Verordnungen herbeigeführt werden können.

Ihre besondere Aufmerksamkeit und kräftige Fürsorge wird die neue Regierung den besten Absichten zuwenden. In vollen Einvernehmen mit den Landesregierungen erklärt die Reichsregierung, daß gegenüber allen Verordnungen, die die Zugehörigkeit des Reichs und der Bundesgebiete zum Reich und zu den Ländern unberührt festhält, die Bevölkerung an Rhein und Ruhr kein Bedürfnis verspüren, daß wir alles zu ihren Gunsten tun werden, was nur irgendwie in der Kraft des Reiches und des deutschen Volkes liegt.

Der Reichskanzler schließt mit der Bitte an die Volksvertretung, sich allen von dem Gedanten leiten zu lassen: Alles Trennende soll vor der Not der Stunde zurückgelassen werden! Jetzt gilt es für das Reichs- und des Volkes Wohl zu arbeiten und zu handeln. (Beifall, sich immer wiederholender Beifall.)

Präsident Lohde schlägt vor, die Sitzung auf Mittwoch 2 Uhr zu verlagern, damit die Fraktionen zum Ermächtigungsgesetz Stellung nehmen können.

Die Sitzung wird entsprechend diesem Vorschlag abgebrochen.
Schluß 4 Uhr.

Das Ermächtigungsgesetz im Reichsrat angenommen.

Der Reichsrat trat Dienstag vormittag zu einer Volltagung zusammen, um über das Ermächtigungsgesetz zu beraten. Die Verhandlungen leitete der neue Reichskanzler selbst. Er gab eine kurze Erklärung ab, daß er bereit darauf lege, daß zwischen Reich und Ländern die besten Beziehungen bestehen und daß Fragen, die außerordentlich leicht zu Meinungsverschiedenheiten führen, wie sie auch die nicht ganz ausgebildete Reichsvertretung mit sich bringe, durch gegenseitiges Vertrauen und Verständigen erledigt werden müßten. Es solle sein Bestreben sein, alles aus dem Weg zu räumen, was geeignet sein könnte, das Verhältnis zwischen Reich und Ländern zu trüben. „Ich möchte aber auch dringend bitten, daß die Herren mir gegenüber ihr Vertrauen dadurch an den Tag legen, daß sie, wenn sie Wünsche haben, diese unter allen Umständen und ohne alle Umhüllungen zur Sprache bringen. Ich werde Ihnen, soweit es meine schwachen Kräfte vermögen, jederzeit zur Verfügung stehen.“

Der Vertreter Preußens dankte namens des Reichsrats dem Kanzler für seine Ausführungen und sagte ihm Dank auch dafür, daß er in höchster Not des Vaterlandes die Ämter des Reichskanzlers übernommen habe.

Der Reichsrat trat darauf in die Tagesordnung ein und beschloß, die Verhandlungen über das Ermächtigungsgesetz zunächst vertraulich zu führen.

Der Sitzungsbericht.

Am Regierungstische: Reichskanzler Dr. Innenminister Dr. Xarres, Außenminister Dr. Stresemann, Reichswirtschaftsminister Dr. Gehler, Finanzminister Dr. Luther, Wirtschaftsminister Dr. Damm, Justizminister Dr. Emminger, Arbeitsminister Dr. Traums, Ernährungsminister Graf Kanitz, Postminister Dr. Höffe.

Das Haus ist voll, die Tribünen sind überfüllt.
Präsident Lohde eröffnet die Sitzung um 3,25 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die

Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Der zweite Punkt der Tagesordnung, die erste und zweite Beratung des Ermächtigungsgesetzes, wird von der Tagesordnung abgelehnt; der Gegenentwurf soll erst morgen behandelt werden.

Darauf erhebt sofort

Reichstagsler Marx

das Wort, der von den Kommissarien mit dem Zutritt: Sanblanger des Generals v. Seodt begrüßt wird.
Der Reichskanzler stellt das neue Kabinett dem Hause vor. Die Namen der neuen Regierungsmitglieder sind bekannt. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte für Wiederanbau ist der Staatssekretär Dr. Müller beauftragt. Eine Belegung des Ministeriums für die besetzten Gebiete hat einzuweisen noch nicht stattgefunden. Vorläufig wird es vom Volksminister Dr. Höffe verwaltet. Der Kanzler begrüßt mit besonderem Danke, daß Dr. Stresemann sich bereit gefunden habe, das Amt des Außenministers zu übernehmen. Es ist, so erklärt er, dadurch die Stetigkeit der auswärtigen Politik, wie sie in so hohem Maße wünschenswert ist, gesichert. Der Reichskanzler spricht dem Außenminister für seine erfolgreiche und für das deutsche Volk bedeutungsvolle Tätigkeit als

sehr wesentliche Erhöhung der Einnahmen, die planvoll vorbereitet war, muß sofort in die Tat umgesetzt werden. Nicht minder mühen alle bereits ergriffenen und noch zu ergreifenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausgabe mit einem solchen Nachdruck angegriffen werden, daß alle entgegenstehenden Hindernisse rücksichtslos überwinden werden. Es ist außerordentlich beklagenswert, daß trotz der ununterbrochenen Hinweise von Regierungseite auf den unerhörten Ernst der Finanzlage es immer noch Bevölkerungsströme gibt, die gegen Steuerbelastungen und Ausgabebeschränkungen Einwände erheben, die aus dem Arsenale eines einigermassen normalen Staatslebens entnommen sind. Die Bevölkerung muß endlich in ihrer Gesamtheit davon durchdrungen werden, daß, wenn nicht Volk und Reich in einen hoffnungslosen Strudel der Vernichtung verfallen sollen, jetzt die Stände größten Opfers genommen

sein, daß vieles, was uns schön und gut und wünschenswert, vielleicht sogar notwendig erscheint, da was uns geradezu eine Herzenssache ist, dennoch zurückgelassen werden muß, angesichts der verwerflichen Lage unserer Finanzen, deren Stand uns mit der Brutalität unüberleglicher Zahlen auf die Alternative hinweist:

Was ist wichtiger und wertvoller, das macht Leben des deutschen Volkes oder eine vorläufige Befriedigung anerkannter Bedürfnisse mit dem baldigen völligen Zusammenbruch mit Hunger und Chaos im Gefolge? (Zustimmung.)

Der Reichskanzler erinnert an die Ausführungen des Finanzministers, der den geradezu katastrophalen Stand unserer Finanzen dargestellt habe, und fügt hinzu: In der Finanzfrage sieht sich die Regierung vor eine Aufgabe von einer Vielzahl in der Weltgeschichte nie dagewesenen Schwierigkeit gestellt. Die Verödung der Regierungsbildung hat unersetzliche Lage vertiefen lassen. Eine

sehr wesentliche Erhöhung der Einnahmen, die planvoll vorbereitet war, muß sofort in die Tat umgesetzt werden. Nicht minder mühen alle bereits ergriffenen und noch zu ergreifenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausgabe mit einem solchen Nachdruck angegriffen werden, daß alle entgegenstehenden Hindernisse rücksichtslos überwinden werden. Es ist außerordentlich beklagenswert, daß trotz der ununterbrochenen Hinweise von Regierungseite auf den unerhörten Ernst der Finanzlage es immer noch Bevölkerungsströme gibt, die gegen Steuerbelastungen und Ausgabebeschränkungen Einwände erheben, die aus dem Arsenale eines einigermassen normalen Staatslebens entnommen sind. Die Bevölkerung muß endlich in ihrer Gesamtheit davon durchdrungen werden, daß, wenn nicht Volk und Reich in einen hoffnungslosen Strudel der Vernichtung verfallen sollen, jetzt die Stände größten Opfers genommen